

um. (Die Aufzählung ist unvollständig). Nachherzollung soll nur für Kaffee und Tee Platz greifen. Die Mehrerträge aus Kaffee, Tee, Kakao, Gewürzen und Süßwaren werden auf 46,6 Millionen Goldmark, die Mehrerträge aus den übrigen Zollerhöhungen auf etwa 15 Millionen Goldmark geschätzt.

Die Mehreinnahmen für Personenkraftwagen betragen beispielsweise für 1 P.S. 75 M. (bisher 27 M.), für 10 P.S. 100 M. (bisher 80 M.), für 20 P.S. 2200 M. (bisher 200 M.), für 30 P.S. 3450 M. (bisher 450 M.), für jede P.S. mehr einen Zuschlag von 125 M. statt bisher 10 M. Dazu kommt die Besteuerung der Kraftfahrzeuge mit Steuerhöfen von 150 bis 2000 M. Von der Steuer befreit sind Kraftfahrzeuge, die ausschließlich zur Beförderung im Sinne des Gesetzes vom 8. April 1917 über die Befreiung des Personen- und Güterverkehrs dienen, ferner Kraftfahrzeuge im Dienste der Feuerwehr, Krankenbeförderung, gemeinnütziger Anstalten und solche Fahrzeuge, die ausschließlich der Beförderung von Verden und zur Arbeitsstätte und im Antrieb dieser Verden dienen. Der Ertrag der Steuer wird auf 55 Millionen Mark geschätzt.

Der Entwurf eines Kennzeichengesetzes sieht bekanntlich die Besteuerung auch der Wachmacherellen vor.

Die Leuchtmittel- und Jandwarensteuern sollen am 1. 10. 1921 in Kraft treten, bei der Biersteuer die neuen Inlandbier am 1. 3. 1922, die neuen Zoll- und Einfuhrabgaben am 1. 10. 1922, die Mineralwassersteuer am 1. 4. 1922, die Tabaksteuer am 1. 4. 1922, das Umhüllungssteuergesetz am 1. 1. 1922. Die Vorschriften des Körperschaftsteuergesetzes sollen Anwendung finden bei der Veranlagung des Einkommens der Geschäftsjahre, die nach dem 31. 12. 1920 zu Ende gegangen sind. Bei den übrigen Gesetzesentwürfen, die ja alle noch der Beschlussfassung dem Reichstag unterliegen, sind Termine nicht angegeben.

Ob diese Steuern den Bedarf des Reiches decken werden, kann kein Mensch sagen, nicht nur, weil ihr Ertrag noch nicht sicher ist, sondern weil auch der Bedarf noch nicht feststeht. Es sind so viele unklare Faktoren für die Bestimmung dieses Bedarfes maßgebend. Nur soviel ist sicher, daß die Steuern nicht mehr erhoben werden, als wir brauchen. Die Regierung ist sich klar darüber gewesen, daß das Ziel dieser Steuererhöhungen, falls man sie selber einmal als zweckmäßig gelten läßt, erhöht werden würde, wenn sie überall an die Grenzen der erträglichen Belastung gingen und niemals darüber hinaus. Dabei ist Rücksicht zu nehmen sowohl auf die Effizienz des Einkommens, wie auf die Lebensbedingungen der gesamten Volkswirtschaft, aber es wird unvermeidlich sein, daß manche Wirtschaftsgruppe sich mehr verletzt fühlt, als gewisse andere Kreise. Jedenfalls darf keine einzelne Schicht und kein einzelner Beruf erwarten, daß auf ihn besondere Rücksicht genommen werden kann; der oberste Gesichtspunkt ist immer das Wohl des Ganzen. Diese Bemerkungen sollen und wollen der ausübenden Kritik, die den Entwürfen in der nächsten Zeit zuteil werden wird, natürlich nicht vorgehen.

Berlin, 19. August.

Der Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat gestern den Bericht des Unterausschusses über die Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern entgegengenommen. Entsprechend der Regierungsvorlage wurde der Leuchtmittelsteuer, der Jandwarensteuer mit Streichung der §§ 48 und 51 der Vorlage, der Biersteuer und der Mineralwassersteuer zugestimmt. Die Tabaksteuererhöhung als Ganzes wurde abgelehnt.

Bzüglich der Steuererhöhung im einzelnen sagte der Ausschuß folgende Beschlüsse:

Zigaretten und Zigaretten sind bereits so stark belastet, daß eine weitere Erhöhung der Steuererhöhung nicht mehr tragbar erscheint. Mit der Einführung einer neuen Steuerstufe für feingehackten Tabak und Festsetzung des Steuerfußes für Pfeifenabak in Steuerstufe 7 auf acht Mark pro Kilogramm und Steuerstufe 10 auf 30 Mark pro Kilogramm und mit den von der Regierung vorgeschlagenen Sätzen für Rau- und Schnupftabak erklärte sich der Reparationsausschuß einverstanden. Der Ausschuß nahm weiter den Bericht des Unterausschusses über die Abänderung des Kohlensteuergesetzes entgegen und erteilte der Regierungsvorlage grundsätzlich seine Zustimmung. Wegen der Ermächtigung des Finanzministers zur Ermäßigung des Steuerfußes sprach man sich einmütig aus und beschloß folgende Fassung: Der Reichsminister der Finanzen ist ermächtigt und auf gemeinsames Verlangen des Reichshohenrates und des Reichsrates nach Anhören des Reichswirtschaftsrates verpflichtet, den Steuerfuß zu ermäßigen oder nach seiner Ermächtigung wieder bis auf 30 Prozent zu erhöhen.

Präsident des Hanseatischen Obergerichtes.

Die Senale der drei Hansestädte haben auf Grund der von ihnen gemeinschaftlich vollzogenen Wahl den Senatspräsidenten Dr. Jar-

Sudermanns „Notruf“

(Drahtbericht unseres Berliner Theaterreferenten.)

Uraufführung im Theater Königgräber Straße. Es ist den Direktoren Meinhardt und Bernauer nicht gelungen, Sudermann vor dem Erfolg dieses Abends zu schützen. Sie waren schiedsgerichtlich gezwungen, das einmal angenommene Stück aufzuführen. Selbst das Aufgebot eines Dutzend mittelmächtiger Schauspieler (unter denen nur Ernst Fernburg und Heinz Stiba die Anerkennung handwerklicher Tätigkeit verdienen) vermochte nicht den kompromittierenden Erfolg eines Publikums zu verhindern, das mit offensichtlichen Vergnügen den Duft dieses dramatischen Letztaktstückes in sich aufzog.

Der Artikel — Verleumdung: Das Stück behandelt Vorgänge aus der Wintern 1918/19 und ist wohl wenige Zeit später geschrieben worden. Es läßt sich nicht leugnen, daß einiges daraus auch heute noch in deutsch-nationalen Kreisen zu finden ist, doch muß man dem Dichter zubilligen, daß seine politischen Absichten reiner sind als man sie heute noch in jener Presse findet.

Sudermann bringt drei Offiziere, die unter der Schmach der Niederlage leiden. Ein Offizierssohn, der zu den Spontakisten übergegangen ist, ein Kriegesgefallener mit nationalistischen Instinkten, der sich an übergrübelten Offiziersfrauen gütlich tut. Von diesen Frauen malt Sudermann mit besonderer Ausführlichkeit eine derselben, deren Liebesleben durch die lange Abwesenheit des Geliebten so sehr gekürrt ist, daß sie sich dem heimkehrenden Mannes verschließen muß. Vielleicht wäre dies ein einfacher gewesen, wenn sie sich dem skandalösen Kriegesgefallenen ergeben hätte. Aber die Sehnsüchte des langen Alleinseins sind unerlebigt geblieben, genau so wie die „Don Carlos-Gelüste“ des spanischen Königs, und es scheint zuweilen, als sei sie bereit, Erlebung bei dem ihr zum Wächter und Vertrauten beigegebenen Adjunkten ihres Mannes zu suchen.

Es ist der Liebes und das eigentliche Wirkungsmittel Sudermanns, Menschen, Ideen und Konflikte zu bearbeiten, die irgendwie in der Atmosphäre des Tages zu spüren sind, aber er bringt nicht in sie hinein, sondern er gibt sie so, wie er und mit ihm einige tausend Menschen sie sich denken. So geschieht es, daß die Individuen zu Schemen werden, während seine ausgeklügelte Haltung ein einmaliges und damit beweis-

Mittelstein für den 1. Oktober zum Präsidenten des Oberlandesgerichtes ernannt. Zum Nachfolger Mittelsteins ist Landgerichtsdirektor Dr. Cohen ernannt worden. Dr. Mittelstein ist in weiten Kreisen durch seine Schriften auf dem Gebiet der Rechtspflege, besonders des Hypotheken- und Mietrechtes, bekannt. Die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät der Hamburger Universität ehrte seine Verdienste dadurch, daß sie ihn zum Honorarprofessor ernannte.

Die Völkervereinigung im September

London, 19. August.

Der Pariser Berichterstatter der Morning-Post erzählt: Die weitere Erörterung der oberirdischen Frage wurde bis zur zweiten Vollversammlung des Völkervereinigungsrates vertagt, die am 15. September in Genf eröffnet wurde, da keinerlei Gutachten seitens des Völkervereinigungsrates vor Mitte Oktober erwartet werde.

Dem diplomatischen Berichterstatter des Daily Telegraph zufolge ist man in London etwas erstaunt darüber, daß Frankreich dem von Lloyd George vorgebrachten Gedanken, daß die gesamte oberirdische Frage von einem unparteilichen Schiedsgericht, das keinerlei besonders nationale Interessen vertritt, vollkommen neu behandelt werden soll, teilweise ablehnend gegenübersteht. Man würde die französischen Einwände besser verstanden haben, wenn Lloyd George vorgebracht hätte, daß sich der Völkervereinigungsrat selbst mit dem Problem befaßt, denn in diesem Falle hätte man in Frankreich erklären können, daß drei im Völkervereinigungsrat vertretene Mächte darüber urteilen, und sich gegen den französisch-polnischen Standpunkt aussprechen.

Neue französische Intrige in Oberschlesien

(Eigener Drahtbericht.)

Oppeln, 19. August.

Das englische Truppenkommando in Oppeln hat den neuen französischen Besatzungsplan mit der Begründung abgelehnt, daß eine Aenderung in der Besetzung des Abstammungsgebietes so kurz vor der endgültigen Entscheidung nur im höchsten Grade gefährlich wirken könnte. England müsse auch einen Teil des Gebietes beibehalten, über das man sich nicht einigen könne. Die englischen Truppen seien in ihrer letzten Struppierung jederzeit in der Lage, einem deutschen (7) Überfall erfolgreich begegnen zu können.

Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, findet in dieser kurzen Meldung eine Fülle von Intrigen unerschöpft vor. Zum ersten geht also ein Plan der französischen Besatzungsbehörden dahin, die Engländer aus der oberirdischen Zone zu entfernen. Der Versuch dazu ist schon wiederholt gemacht worden, aber die englischen Kommissare und Truppenführer haben sich immer wieder weigert. Zweitens sucht Frankreich von neuem die militärische Übermacht in den gefährdeten Gebieten an sich zu bringen, damit es offensichtlich mit der deutschen Bevölkerung sein röchliches Spiel treiben kann. Drittens geht aus der Fassung der vorstehenden Nachricht hervor, daß man von französischer Seite wieder mit der Verdächtigung arbeitet, die Deutschen planten einen Überfall und einen Putsch. Es genügt wohl, darauf hinzuweisen, daß erst vorgestern der gemeinsame Aufruf der deutschen und polnischen Parteien und Gewerkschaften erlassen worden ist, in dem jede Gewalttätigkeit abgelehnt und das verständliche, friedliche Zusammenleben verlangt wird. Daß ein solcher Bürgerkrieg nicht zum französischen Hehlposten ist, ist naheliegend. Um so eherlich kann die Haltung des englischen Truppenführers in Oppeln begrüßt werden, der es ablehnte, sich zum Völkervereinigungsrat an der neuen Verdrängung zu machen.

Rein deutsches Kriegsschuld-Bekenntnis

Wir haben auch „gewisse Fragen“ zu stellen

Stockholm, 19. August.

Der frühere Reichskanzler Hermann Müller äußerte in einem Interview, es sei zwecklos, ständig an die Schuldfrage zu rühren. Wenn auch bedauerlicherweise die Franzosen und Belgier dem diesjährigen Kongress der Interparlamentarischen Union ferngeblieben seien, so bestünde doch kein Zweifel, daß sie bald wieder an der Arbeit teilnehmen würden, zumal deutsche und französische Sozialisten bereits im März in Amsterdam zusammengetroffen seien.

Der frühere Reichsminister Dr. Köster lehnte ebenfalls das Ansuchen eines neuen deutschen Kriegsschuld-Bekenntnisses ab. Diese Frage könne nicht auf einen internationalen Kongress. Die Deutschen seien gern zu Debatte mit den Franzosen bereit, aber als Gleichberechtigte, die auch gewisse Fragen zu stellen haben

unabhängiges Geschehen darstellt. Einst, in „Frieden“, konnte er es anders. Da war das Geschehen typisch nach Begriffen der Offizierslehre und wurde zur Tragödie in seiner Anwendung auf das individuelle Friede. Diese Lichterliche Grundbahn hat Sudermann längst verlassen.

Der Versuch, den man ihm spendet, wird nur durch Veranlassung der Zeitungsverhältnisse, nicht durch das seelische Aufgehen in seiner Gestaltung ausgelöst. Deshalb spürt jeder, auch der unvoreingenommene Beurteiler irgendwann mal den Begriff des jungen Offiziers, der in dem Gefühl, umsonst für sein Vaterland gebietet zu haben, nicht weiß, was er in einem einmütigen Deutschland soll. Aber auch der Wohlmeynende kühlt heftig, wenn der korrekte, pflichtfertige Offizier in ein mit glühenden Gasen gefülltes Zimmer geht, nur weil das Telefon klingelt. Er geht hinein, obgleich er weiß, daß er das Telefon lebendig nicht erreichen wird, wiewohl wir ihm die notwendige Todesreise nicht zu sprechen. Die Frau aber, die durch die Willkür des Autors vor wirklich unauflösbare Konflikte gestellt worden ist, blieb mit ihren unerlösten Söhnen vor der Tür stehen — und am Leben.

Es ist kein Trost, zu wissen, daß dies nur eins von drei Stücken ist, in denen sich Sudermann mit dem deutschen Schicksal beschäftigt. P. S.

Erweiterung des Reichlichen Landestheaters. Aus Oera dreht unser Mitarbeiter: Der ehemalige Fürst von Reuß stellte dem Oeraer Theater zur Vergrößerung des Bühnen- und des Orchesterzimmers des Landestheaters große Verträge zur Verfügung. Die Bühne wird so erweitert werden, daß große Opern gegeben werden können. Für April 1922 ist eine Deutsche Opernwoche in Oera geplant.

Verein Hamburgischer Musikfreunde. Mit dem Beginn der vollständigen Konzerte in der Hamburger Musikhalle ist der Aufsicht gegeben für den kommenden Konzertwinter. Die Leitung dieser Konzerte steht nachdem Josef Eisenberg die Stelle seines langjährigen Wirkens verlassen hat, noch nicht fest. Unter den zahlreichen Bewerberinnen wurde eine Anzahl herausgehoben, denen Gelegenheit gegeben wird, probeweise je zwei Konzerte zu leiten. Durch das öffentliche Probieren der Bewerberinnen sollen die Führer in die Lage versetzt werden, sich ein Urteil zu bilden, da der Verein Hamburgische Musikfreunde größten Wert darauf legt, das Urteil der Jünger in Rechnung zu stellen. Das erste vollständige Konzert leitet Walter Ambros vom Philharmonischen Orchester aus Dresden.

Neue Theaterbesetzung. Zum Nachfolger des zurückgetretenen Intendanten Professor Dingel vom Landestheater Sonderhausen wurde Oberregisseur Ludwig Hansen zum Intendanten des Landestheaters berufen.

Lloyd George über das irische Problem

(Eigener Drahtbericht.)

London, 19. August.

Im Unterhause ergreift heute Lloyd George das Wort, um noch einmal die Stellung der Regierung zur irischen Frage darzulegen. Er sagte:

Die irische Atmosphäre ist immer durch Argwohn vergiftet gewesen. England muß seinen vollen Anteil an der Verantwortung für diesen Zustand der irischen Nation tragen. Alles, was die Regierung zu sagen hat, ist in den beiden Briefen gesagt worden, die sie an de Valera geschickt hat. Bei Verhandlungen gibt es zwei Möglichkeiten; entweder kann man, wenn man das für gut hält, noch einen Krampf in der Hinterhand halten, um ihn schließlich für die endgültige Beilegung zu verwenden, oder man muß sämtliche Karten auf den Tisch legen. Nach sorgfältiger Überlegung, welcher Weg der beste ist, haben wir ohne Zögern den letzteren gewählt, um den gesunden Menschenverstand nicht nur in England und Irland, sondern in der ganzen Welt für uns zu haben. Wir entschlossen uns daher, unsere ganzen Vorschläge in einem Briefe niederzulegen, ohne etwas zurückzubehalten; und die Erfahrung zeigt, daß wir recht gehabt haben. Von keiner Seite der Welt, außer von Irland, ist der Einwurf erhoben worden, daß die Regierung nicht bis zur äußersten Grenze der Konzessionen gegangen ist. Ich habe sogar gehört, daß wir zu weit gegangen seien. Wir haben alles, was wir konnten, vorgeschlagen, um einen Frieden mit Irland zu schaffen.

Lloyd George erklärte ferner, er habe den Eindruck, daß man in Irland nicht an den Vorschlägen zweifle, sondern daran, wie sie gemeint seien. Es handele sich also um die Durchführung der Vorschläge. Aber die Umrisse könnten nicht geändert, die Grundlagen nicht gemischt werden. Da das Unterhaus in die Ferien gehen wolle und nicht verheimlicht werden könne, daß die Lage beunruhigend sei, möge die verantwortliche Regierung alle Möglichkeiten in Betracht ziehen.

Es seien zwei Möglichkeiten vorhanden: die eine sei erfreulich, die andere äußerst unerfreulich. Wenn es zu einer Einigung komme, so müßten die Einzelheiten des Abkommens ausgearbeitet werden. Das würde unweifelhaft Zeit erfordern. Viel Einzelheiten würden erörtert und zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden; denn kein Mißverständnis dürfe bestehen bleiben, daß jede Kleinigkeit, über die ein Mißverständnis bestünde, in einer Prinzipienfrage gemacht werden könne, besonders in Irland. Alle Möglichkeiten müßten in Betracht gezogen werden, auch die Möglichkeit, daß die englischen Bedingungen verworfen werden.

Hier sagte Lloyd George:

Wenn dieses Unheil eintreten sollte, würden wir mit Bezug auf Irland einer ernsteren Lage gegenüberstehen als je zuvor. Eine Ablehnung würde eine nicht mißzuverstehende Herausforderung der Autonomie der Krone und der Einheit des Reiches sein. Wo es so viele Schwierigkeiten gibt, würde eine drohende Sprache nur dazu dienen, alle Schwierigkeiten zu vergrößern und neue zu schaffen. Wenn unsere Bedingungen endgültig verworfen werden, so würden Schritte getan werden müssen, die die volkstümliche Gewalt nicht tun könnte, ohne das Parlament zu fragen und dem Hause volle Gelegenheit zu geben, die Vorschläge zu billigen oder zu mißbilligen.

Der Premierminister sagte, daß das Unterhaus am 18. Oktober nur zu einer formellen Versammlung zusammenzutreten haben werde, wenn die Verhandlungen noch kein positives Resultat ergeben haben oder noch nicht abgebrochen worden sind. Wenn sie aber zusammenbrechen, und die Lage hoffnungslos würde, erklärte Lloyd George, dann würde ich noch Rücksprache mit der Regierung des Parlamentes mit sehr kurzer Frist, wahrscheinlich nur mit 42 Stunden, einberufen, um dem Hause volle Kenntnis der Lage zu geben. Das bedeutet durchaus nicht etwa, daß sich die Regierung ermächtigt fühle, die notwendigen Schritte zu tun, bevor das Unterhaus sich versammelt hat. Die Regierung wünscht ausdrücklich, den Frieden herzustellen und die Streitigkeiten zwischen den beiden Völkern, die in Frieden miteinander leben können, zu beenden. Hoffentlich wird die Vernunft liegen, so daß die irischen Führer die angebotene Freiheit nicht ablehnen. Dadurch würden sie nur die Verantwortung für die Erneuerung des Konfliktes auf sich laden, der damit jeden Heiligtums entbehren würde.

Nach mehreren zustimmenden Reden gab Lloyd George noch auf die Frage, ob Neuwahlen stattfinden sollen, eine ausweichende Antwort, worauf sich das Haus vertagte.

Im Oberhause sagte Lord Curzon, die Regierung würde, falls Irland die Bedingungen verwerfe, diese Herausforderung annehmen und von keinem notwendig erscheinenden Schritte zurückweichen.

Ein neues Werk von Hans Pfitzner. In der Einsamkeit seines Land, aufenthaltend am Ammersee hat Hans Pfitzner die Komposition seiner „Eichendorff-Kantate“ beendet und arbeitet zurzeit nur noch an ihrer Instrumentation. Dieses Chormerk, das seine Aufführung in Berlin erleben soll, besteht aus einer Reihe der Eichendorffschen „Wanderprüche“, die vom Komponisten ausgewählt, zusammengestellt und je nach ihrem Inhalt für Soli, Chor und Orchester komponiert worden sind. Eine Ausgabe des Werkes mit Begleitung von zwei Klavieren anhaft des Orchesters ist in Arbeit, um auch an kleineren Orten, wo das Orchester fehlt, eine Aufführung zu ermöglichen.

Entdeckung eines Artemistempeles. Nach einer Havasmeldung aus Athen haben die in Athen vorgenommenen Ausgrabungen die Grundrisse und Teile der Architektural eines großen, während der Römerzeit zerstörten Tempels in dorischem Stil zutage gefördert, der aller Wahrscheinlichkeit nach der Artemis geweiht war.

Hochschornachrichten. Wie wir hören, hat Prof. Dr. A. E. Brinkmann in Kopenhagen den Ruf auf den an der Universität Kōnigsberg beendeten Lehrstuhl für Kunstgeschichte angenommen. — In Berlin wird die etatsmäßige a. o. Professor der organischen Chemie und Abteilungsvorsteher am chemischen Laboratorium der Universität Heidelberg Dr. phil. Emil Knoevenagel im Alter von 56 Jahren. Er stammt aus Linden (Hannover).

Münzverfeinerung. Die Firma Adolph E. Cahn zu Frankfurt am Main, Niedenau 55, verendet den Katalog ihrer am 3. September beginnenden Verfeinerung, betreffend eine nordische Sammlung, die Doppelgänger des hiesigen Landesmuseums zu Darmstadt und Gegenstände verschiedener Länder und Städte. Die nordischen Münzen werden, abgesehen von Holstein, Mecklenburg und Pommern, deutsche Sammler weniger selten, immerhin beginnt das Verzeichnis gleich mit einem hiesigen Goldbrakteaten des 10. Jahrhunderts, der bisher völlig unbekannt war. Überhaupt übertrifft der Reichtum an Goldprägungen in dem Verzeichnis, enthalten doch die Tafeln VI und VII Abbildungen nur von Goldmünzen, und Tafel XI führt uns ein goldenes Medaillon aus dem 18. Jahrhundert der russischen Kaiserin Maria, einer hiesigen Prinzessin, vor Augen, das ein Gewicht von 285 Gramm, demnach schon einen Metallwert von etwa 12000 Mark hat! Dieses Stück ist nur in zwei Abbildungen bekannt. Ein Erfurter Dukaten Gustav Adolf von 1632 (Nr. 314) ist bisher noch nirgends beschrieben worden. Im übrigen sind hohe Stellenbehalten von Braunschweig, Mansfeld, Württemberg, Regensburg (unbekannter Taler 1548) u. a. in dem Verzeichnis enthalten. P. W.

Von den Städtischen Bühnen. Morgen Sonntag, den 21. d. M., findet bei aufgehobenem Anrecht das letzte Vorstellung des Hof-Kammer-Balletts statt. Vorher in der Reueinführung „Die schöne Galathee“, Anfang 7 1/2 Uhr.

Bayrische

Der bayrische Präsidenten Bescheid der bayrische Kunngesellschaft beraten wird Konflikt sondern sich durch Abfertigung, als an einer einseitigen Im gleichen dem Gedank Reich, wie Spiel, das zung sehr in kammer ein händlern an

Die Maffekt, in im Ostreich Ermordungen

Die Urpreis und einwas sei a eigenen Gedwägung beisei, zum Ausländischen Ojedoch von Wirkung, von großen Men Ausfuhrwert dem wir heu Handelskammer marktpreise auch haum schaft und be greise nicht

Dagegen zu, daß ein an der Perwenig zu solide Oetrelhammer da sonntigen Rung abdr

Der Sa am Donners Reichspräsident fortgesetzte ininnung von waunahmen kraftigen E gegen die b

Nach borung dar 1. Septembe sich unter A wiffenschaft

In ein Oeslau b von Bra

Im O stamm auf Gereiztheit hohen und Worte, die Friederel, sein Blick daß das rufte.

Er bl Blick für seinem Blick der Tafel scheinend, mangelhafter kurzer, leic des zogen lich hohe E war das E müde an die Jäge e erbob und gezeichnete Prinz gleich zwiefzig Jafungen M sich heraus Nach der pischlich zu schmückte quakoll zu der seinen alle Welt, fependem